

Die gemeinsame Verantwortung der Sozialpartner in Deutschland ist die bewährte Antwort auf den herkömmlichen Antagonismus von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Sie bedeutet einen unschätzbaren Wettbewerbsvorteil für unser Land. Nicht nur wegen der gemeinsamen Verantwortung für Umsatz und Gewinn, sondern nicht zuletzt auch wegen der gemeinsamen Verantwortung für den Ort, an dem man produziert, für die Region, in der man tätig ist. Dabei habe ich die Erfahrung gemacht, dass familiengeführte Unternehmen ein ganz besonderes Engagement für ihre Region an den Tag legen. Ein Eigentümer geht mit der ihm übertragenen Verantwortung oft anders um als ein eingesetzter Geschäftsführer oder Manager.

In diesem Zusammenhang möchte ich an ein Thema erinnern, mit dem ich mich viele Jahre intensiv auseinandergesetzt habe, nämlich die Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949. Die Bundesregierung hatte das Restitutionsverbot 1990 in den Einigungsvertrag aufgenommen, weil sie damit rechnen musste – und darin später durch zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt wurde –, dass die Wiedervereinigung an diesem Punkt möglicherweise scheiterte. Angeblich hatten die Russen das Verbot der Rückabwicklung zur Bedingung ihrer Zustimmung zur Einheit gemacht; wie sich im Nachhinein herausstellte, handelte es sich möglicherweise jedoch weniger um ein Veto der Russen als vielmehr um eine Sprachregelung, die der Bundesregierung half, das so heikle Thema zu umschiffen.

Die so genannte Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone hatte der damalige Justizminister Klaus Kinkel vor dem Bundesverfassungsgericht mit Recht «eines der dunkelsten Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte» genannt.¹ In der gemeinsamen Erklärung der beiden deutschen Regierungen zum Einigungsvertrag hieß es immerhin, die Bundesregierung vertrete die Auffassung, «dass einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entschei-

«...dung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muss».

Dennoch drohte das Thema von der politischen Agenda zu verschwinden, ohne dass nach gerechten Regelungen für die Opfer der Zwangsenteignungen wenigstens gesucht worden wäre. Dagegen wehrte ich mich und berief mich dabei auf einen Satz von Abraham Lincoln: «Nichts ist dauerhaft geregelt, was nicht gerecht geregelt ist.» In meinen Augen ließ sich der ganze Streit auf eine einfache Frage reduzieren: Darf die Bundesrepublik Deutschland Staatsbesitz der DDR, der auf unrechtmäßige Weise in deren Besitz gelangt ist, den alten Eigentümern vorenthalten?

Die kommunistische Propaganda hatte immer behauptet, es sei nach 1945 vor allem so genanntes Junkerland enteignet worden. Es waren aber nicht mehr als 66 Großbetriebe mit mehr als tausend Hektar betroffen. Enteignet wurden in Wirklichkeit kleine und mittlere Betriebe: 4000 Höfe mit einer Durchschnittsgröße von 34 Hektar, Tausende von Handwerkern, Gastwirten, Einzelhändlern, kleine Gewerbetreibende und die Besitzer von Einfamilienhäusern. Hier sah ich den Rechtsstaat in der Pflicht. Unabhängig von der juristischen Einschätzung der Zwangsenteignungen hätte ich die Rückgabe schon deshalb begrüßt, weil die Überführung von Staatsbesitz in die Hand der Alteigentümer für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern einen enormen Schub bedeutet hätte. Statt ihr Vermögen in Ferienhäuser auf Mallorca, Schiffsfonds oder sonstige Steuersparmodelle zu stecken, hätten die Alteigentümer in großem Stil in den Wiederaufbau der Gutshöfe, in Forst- und Landwirtschaft investiert und damit auch den Tourismus, den Gastronomie- und Hotelbereich angekurbelt. Natürlich wäre das alles auf absehbare Zeit ein Zuschussgeschäft geblieben, das nicht nur viel Liebhaberei erfordert, sondern auch jene Ausdauer, die viele Alteigentümer zweifellos mitgebracht hätten.

In dem Bekenntnis der alten Familien zu dem Land ihrer Vorfahren steckte großes soziales und ökonomisches Potential. Dies wurde durch mehrere Gutachten, aber auch durch konkrete Einzelbeispiele bestätigt. Da, wo Alteigentümer die finanziellen Mittel hatten, Teile

ihres Eigentums zurück zu erwerben, entstanden schneller als anderswo jene blühenden Landschaften, von denen Helmut Kohl gesprochen hatte. Es gibt keine höhere Motivation als die des Eigentümers, ins eigene Unternehmen, ins eigene Haus, in den eigenen Grund und Boden zu investieren.

Der Widerstand gegen eine faire Rückgaberegung kam vor allem aus den neuen Bundesländern selbst, und nicht nur von der PDS der späteren Linkspartei. Ich erinnere mich an eine CDU-Bundesvorstandssitzung, auf der sich der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Berndt Seite, wütend gegen alle Vorstöße in diese Richtung wehrte. In der Schule habe man ihnen gesagt, wenn die Einheit komme, marschiere als erstes das Musikkorps der Bundeswehr durchs Brandenburger Tor, hinterher marschierten die Junker und Großgrundbesitzer, und dann werde ihnen alles abgenommen. Das sei gewissermaßen die Urangst der Ostdeutschen, das Rad der Geschichte dürfe nicht zurückgedreht werden.

Trotz solcher Widerstände hielt ich am Thema fest. Noch 2009 sorgte ich auf Bundesebene dafür, dass im Koalitionsvertrag von Union und FDP eine Arbeitsgruppe vorgesehen wurde, die prüfen sollte, wie man den Alteigentümern, wenn sie schon nicht ihre Grundstücke zurückbekämen, wenigstens zu günstigen Bedingungen für den Rückkauf und zu fairen und schnellen Verfahren verhelfen könnte. Noch immer gewährt der Bund den Alteigentümern nicht die Rechte, die er ihnen gewähren könnte; schließlich ließe das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes symbolische Preise zu. Aber der politische Wille fehlt, die neuen Bundesländer haben, auch wegen der Besorgnisse der Bevölkerung, genauso wenig Interesse an einer Regelung wie der Bund. Die Ämter für offene Vermögensfragen in den neuen Ländern arbeiten häufig schleppend, vieles wird leider immer noch auf die lange Bank geschoben.

Ein Ministerpräsident, der es sich zum Ziel gesetzt hatte, Niedersachsen in die Liga von Bayern und Baden-Württemberg zu befördern, konnte sich nicht damit begnügen, dass die Kennzahlen allmählich besser wurden, sondern musste alles tun, das Image-Problem